

Zukunfts-Modellregion Niederösterreich?

An die Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter der wahlwerbenden Parteien

St. Pölten, Ausgabedatum: 20. September 2022

Impressum/Kontakt: <https://www.klimahauptstadt2024.at/impressum/>

Gesunde Böden, sauberes Wasser und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit regionaler Lebensmittelversorgung sind essenzielle Überlebensgrundlagen für kommende Generationen.

Gemeinsam setzen sich die Initiativen der Klimahauptstadt 2024 dafür ein, St. Pölten zu einem international angesehenen Hotspot für Nachhaltigkeit, Klima- und Artenschutz zu entwickeln.

Nach dem Motto „Wir machen mit. Du auch?“ ist das Initiativennetzwerk knapp vor den großen Einschnitten und Veränderungen, die Pandemie und Krieg mit sich brachten, an den Start gegangen.

Niederösterreichs Landeshauptstadt hat sich zwischenzeitlich an der Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte“ beteiligt und den Grundsatzbeschluss gefasst, sich im Rahmen einer nunmehrigen Ausschreibung als Pionierstadt auf dem Weg in die Klimaneutralität zu bewerben [\[1\]](#).

Mit diesem Fragenkatalog möchten wir Sie zunächst auf das riesige Potential aufmerksam machen, Niederösterreich über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg zu einer Europäischen Modellregion für Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln: In dem Land, das Sie in den kommenden Jahren prägend mitgestalten möchten, könnten wir in europaweit federführender Rolle die Zeichen der Zeit richtig deuten und Niederösterreichs Vielfalt nutzen, um die Regionen zu Räumen nachhaltigen Handelns weiterzuentwickeln und die Menschen dabei zu unterstützen, gezielt jene resilienten Strukturen zu erneuern, die in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmend unter die Räder eines globalisierten Wirtschaftssystems geraten sind.

Wir möchten Sie außerdem mit Vorlage dieses Fragenkatalogs dazu einladen und darum bitten, das Verbindende über das Trennende zu stellen und in der nächsten Regierungsperiode über Parteigrenzen hinweg und unabhängig vom Ausgang der Wahl unter aktiver Einbeziehung der Zivilgesellschaft daran zu arbeiten, sich den inzwischen wirklich großen, dringlichen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen.

Niederösterreichs Wirtschaft

Nachhaltiges Handeln beginnt damit, in unserem Land gezielt jene Verhaltensweisen, Dienstleistungen und Produkte zu fördern, die einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen haben und das Wohlbefinden und die Gesundheit aller Menschen fördern.

Es liegt an der Landes- und Kommunalpolitik, die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher darin zu bestärken, auf privater wie beruflicher Ebene ein sinnerfülltes Leben zu führen.

Wir müssen angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts einem verantwortungsvollen Umgang mit den Mitmenschen und mit dem gesamten Lebensumfeld vertiefen, um jene betriebs-, gemeinde-, und länderübergreifenden Lösungen zu entwickeln, die uns in Richtung eines nicht auf Ausbeutung von Mensch und Natur abzielenden Wirtschaftssystems führen, mit einer Wertschöpfungskette, die möglichst allen Menschen zugutekommt.

Frage 1: Wie werden Sie in Niederösterreich nachhaltiges, regionales Handeln fördern?

ÖVP	<p>Niederösterreich nimmt die Spitzenrolle im Bundesländervergleich ein, wenn es um regionale Wertschöpfungsketten bei Lebensmitteln und deren Produktion in Österreich geht. Das lässt sich an einigen Zahlen veranschaulichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• 43,6 Prozent der pflanzlichen Produktionswerte Österreichs stammen aus NÖ• 80 Prozent der Landsleute in NÖ konsumieren regelmäßig regionale Produkte• Unsere Landwirtinnen und Landwirte in NÖ könnten insgesamt 7,2 Millionen Menschen ernähren durch ihre Produkte• NÖ verfügt über 54,5 Prozent der österreichischen Bio-Flächen – insgesamt sind das 188.000 ha. Darüber hinaus findet man mit einer Anzahl von 5.500 die meisten Bio-Betriebe Österreichs in unserem Bundesland• Auch dem Ab-Hof-Verkauf wird in NÖ eine große Rolle zugeschrieben – 25 Prozent der Landwirtschaft in NÖ verkauft ihre Produkte in Ab-Hof-Läden• Jeder 5. Arbeitsplatz in Niederösterreich wird durch die Landwirtschaft geschaffen und gesichert <p>Zusammengefasst machen uns unsere Bäuerinnen und Bauern nicht nur unabhängig, sondern auch stark. Auf die oben angeführten Statistiken wollen und müssen wir in Zukunft aufbauen und so ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe auch in Zukunft gut arbeiten und kostendeckend produzieren können, um auch in Zukunft die Nachhaltigkeit und das regionale Handeln zielgerichtet voranzutreiben und zu fördern.</p>
-----	--

SPÖ	<p>Am besten geht das auf der lokalen Ebene. Unsere SPÖ-geführten Gemeinden organisieren und unterstützen Selbsterntefelder und regionale Märkte Ab-Hofläden, Selbstbedienungsläden und schütten oftmals Förderungen in Gutscheinen aus, die nur lokal bzw. regional gültig sind. So bleiben regionale Lebensmittel auch leistbar für alle.</p> <p>Die Sicherheit der Lebensmittel in Niederösterreich ist mir oberstes Anliegen. Neben den heimischen Waren im Großhandel sind auch Direktvermarkter und Dorfläden Garanten für beste Qualität. Daher prämiere ich die Anstrengungen der Gemeinden für das Ermöglichen von regionaler Vermarktung und hole die besten Vorzeigeprojekte vor den Vorhang. Gemeinsam mit dem niederösterreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament Dr. Günther Sidl (Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) habe ich die Auszeichnung „Feinkostladen Europas“ für Gemeinden/Städte ins Leben gerufen, im Rahmen derer seit 2021 Jahr für Jahr derartige Projekte prämiert werden.</p> <p>Ziel unseres Handelns ist ein Green New Deal, der mit einem aktiven Staat unser Bundesland Niederösterreich klimaneutral macht und gleichzeitig als Industrie- und Wirtschaftsstandort stärkt. Denn es hilft niemandem, wenn schmutzige Gewerbe abwandern und woanders die Umwelt verschmutzen. Der Green New Deal soll durch einen Transformationsfonds finanziert werden.</p>
FPÖ	<p>Nachhaltiges, regionales Handeln lässt sich nur unter einer ganzheitlichen Betrachtungsweise sicherstellen. Bei der Bildung etwa durch einen Fokus auf die Branchen und Erwerbszweige, die in der Region eine Spezialisierung aufweisen. Im Gesundheitswesen durch einen niederschweligen Zugang zum Landarzt. Durch eine kleinstrukturierte Landwirtschaft mit Familienbetrieben. Durch eine regionale Versorgung mit frischen, heimischen Lebensmitteln.</p>
GRÜNE	<p>Ich bin für eine eigene Fläche in jedem Supermarkt: AUS DER REGION, dazu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • CO2-Preis auf Transporte fördert regionale Versorgungsketten; • Energiegemeinschaften sorgen dafür, dass Energie lokale erzeugt und auch konsumiert wird – das muss von EVN/Netz NÖ viel intensiver unterstützt werden; • Einfache Regeln für Direktverkauf von Lebensmitteln (zB keine Einschränkung bei Öffnungszeiten von Selbstbedienungsläden)
NEOS	<p>Durch die Pandemie und die dadurch veränderte Arbeitswelt in vielen Bereichen haben sich die Anforderungen an die Gemeinden verändert. Leerstehende Lokale in Gemeinden sollen laut unserem Vorschlag als "Co-Working-Spaces" ausgebaut werden. Dadurch können Ortskerne und der regionale Handel wiederbelebt werden, Arbeitsplätze in die Regionen gebracht und Wege klimafreundlich bewältigt werden. Dazu bedarf es ganz besonders aber auch eines funktionierenden Breitbandausbaus, der viel zu langsam vom Fleck kommt.</p>

Frage 2: Was werden Sie dazu beitragen, resiliente Strukturen in Niederösterreich (wieder) aufzubauen?

<p>ÖVP</p>	<p>Wenn es um Klima- und Umweltschutz geht, tut NÖ, was ein Land tun kann. So sind wir auch der Meinung, dass Klimaschutz nicht nur eine globale Herausforderung darstellt, sondern gleichermaßen alle Regionen, Städte, Gemeinden und Dörfer gefordert sind, hier ihren Teil beizutragen.</p> <p>In NÖ und Österreich können wir mit Stolz behaupten, dass wir eine der wenigen Regionen in Europa ohne Atom- und Kohlestrom sind.</p> <p>Niederösterreich hat darüber hinaus das Klima- und Energieprogramm beschlossen und vor wenigen Wochen den Weg in die Energieunabhängigkeit vorgestellt. Hier geht es um 5 konkrete blau-gelbe Maßnahmen für eine langfristige Entlastung der Landsleute, mehr Sicherheit bei der Versorgung und für den Klima- und Umweltschutz.</p> <p>Dafür soll bis 2035 die Leistung der Windenergie verdreifacht werden, die Leistung der Photovoltaik-Anlagen um 350 Prozent gesteigert werden, die bestehenden Kleinwasserkraftwerke modernisiert und revitalisiert werden, 200 zusätzliche Biomasse-Nahwärmanlagen bis 2030 errichtet und das Stromnetz ausgebaut werden.</p> <p>Bereits heute erzeugen wir in NÖ mehr als die Hälfte der österreichischen Windenergie und rund ein Viertel der Photovoltaik-Energie.</p> <p>All das zeigt, dass die Energiewende in unserem Land tagtäglich stattfindet und wir auch in Zukunft nach dem Grundsatz „Tun, was ein Land tun kann“ handeln werden.</p>
<p>SPÖ</p>	<p>Die Effizienzgedanken der neoliberalen Marktfanatiker haben gezeigt, wie anfällig der Markt bei Krisen ist. Der Staat hat die Aufgabe, wieder verstärkt auf die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft aber auch unserer Gesellschaft zu schauen. Dazu gehört auch die Implementierung nachhaltigen und regionalen Handelns im Kindergarten, in Schulen sowie öffentlichen Einrichtungen.</p> <p>Wir werden die öffentliche Hand stärken, damit ein aktiver Staat mit aktiven Kommunen diese Aufgaben weiter und besser wahrnehmen kann.</p>
<p>FPÖ</p>	<p>Fokus auf ein duales Bildungssystem, Attraktivierung des Handwerksberufes durch gezielte Lehrlingsförderung, Förderung eines Meisterschecks und Ausbau des Handwerkerbonus, Förderung kleinstrukturierter Landwirtschaft, Initiativen gegen die Abwanderung aus ländlichen Gebieten, Förderung für Ortszentren</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Futtermittel nicht mehr aus Übersee holen, sondern in der Region anbauen und mehr Lebensmittel auf unseren Feldern anbauen – Agrophotovoltaik ist für viele Früchte eine Chance. Regionen sind dann resilient, wenn die Grundbedürfnisse wie Ernährung und Energie zum überwiegenden Teil aus der Region kommen.</p>
<p>NEOS</p>	<p>Wir wollen resiliente Strukturen in Niederösterreich aufbauen, indem wir die derzeitigen Krisen nutzen, um einen Strukturwandel herbeizuführen: Eine der Grundvoraussetzungen ist der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien, um den Wirtschafts-/Industriestandort in Niederösterreich zu sichern. Ohne Unabhängigkeit von russischem Gas und insgesamt von fossilen Energieträgern, werden wir keine Wettbewerbsfähigkeit erhalten können. Weiters benötigen wir ausreichend Arbeitskräfte. Einer der Hebel dazu ist der flächendeckende Ausbau ganztägiger</p>

Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Ausbildung von Elementarpädagog:innen, damit auch mehr gut ausgebildete Niederösterreicherinnen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und so auch ihre persönliche -Resilienz stärken können. Außerdem braucht es einen massiven Ausbau des ÖPNV einerseits, sichere Radwege und Fahrradabstellflächen andererseits.

All dies sind für uns resiliente Strukturen und für einen Aus- und Aufbau dieser steht NEOS.

Frage 3: Wie können hierzulande Wertschöpfungsketten generiert werden, die zu Umwelt und Klimaschutz führen und möglichst allen Menschen dienen?

ÖVP Klima und Umweltschutz ist eine der größten globalen und regionalen Herausforderungen unserer Zeit. Dafür haben wir den laufenden Klima- und Energiefahrplan 2030. Dafür sollen die Treibhausgase um 36% reduziert werden. Davon abgesehen sollen 10.000 Greenjobs geschaffen werden und die Landesverwaltung bis 2035 klimaneutral sein.

Wir haben in NÖ fünf Maßnahmen für langfristige Entlastung der Landsleute, mehr Sicherheit bei der Versorgung, den Umwelt- und Klimaschutz und den Weg in die Energieunabhängigkeit präsentiert:

- Verdreifachung der Leistung aus Windkraft bis 2035 → Modernisierung bestehender Anlagen und zusätzlich 250 Windräder. Dafür Investitionen von 2,6 Mrd. Euro
- Ausbau der Photovoltaik um das dreieinhalb-fache → 130.000 zusätzliche PV-Anlagen
- Ausbau der Kleinwasserkraftwerke → Modernisierung und Revitalisierung bestehender Anlagen und Start einer Informations- und Beratungskampagne
- Ausbau von Biomasse-Anlagen → 200 zusätzliche Biomasse-Nahwärmanlagen bis 2030. Damit eine Leistungssteigerung um 25%
- Ausbau des Stromnetzes → 250 Mio. Euro jährliche Investitionen in Netzsicherheit bis 2030. Dadurch wird die Netzkapazität in NÖ verdreifacht

Diese Maßnahmen sind der Fahrplan der nächsten Jahre in die Energieunabhängigkeit.

SPÖ Regionale Energiegewinnung durch Erneuerbare Energien ist eine große Chance, die regionale Wertschöpfungskette endlich nachhaltig zu stärken. Denn wer in Zukunft klimaneutral produzieren kann, kann das Endprodukt ohne Aufschlag durch die CO₂-Steuer günstiger anbieten. Zusätzlich kann ein Lieferkettengesetz dabei helfen, dass Unternehmen nicht aufgrund von niedrigeren Umwelt- oder Arbeitsrechtsstandards die Produktion ins Ausland verlagern und so die Wertschöpfung im Land bleiben kann.

	<p>Derzeit fließen auch aus Niederösterreich pro Jahr etliche Milliarden für fossile Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas ins Ausland, zu großen Teilen auch an Diktaturen. Diese Geldströme gilt es, mit regionalen Wertschöpfungsketten zu beenden. Auch muss die Recyclingquote massiv erhöht werden. Ziel ist es, eine Kreislaufwirtschaft einzuführen, um Müll und damit Umweltverschmutzung zu vermeiden, bevor sie entsteht.</p>
FPÖ	<p>Die Produkte müssen zum Kunden gebracht werden und nicht die Kunden zu den Produkten: wohnortnahe Versorgung sicherstellen; Fokus auf Klein- und Mittelbetriebe in der Region bei Auftragsvergaben, regionale Versorgung mit frischen, heimischen Lebensmitteln sicherstellen.</p>
GRÜNE	<p>Das Land muss sich aktiv um diese Ketten kümmern und daran arbeiten, Ersatz für Notwendiges aus der Ferne in Inland herzustellen. Es braucht in NÖ aktive Wirtschaftspolitik, um Wind- und PV-Industrien anzusiedeln bzw. zu fördern. Wir sind massiv abhängig von China -> PV-Industrie in NÖ wäre europaweites Leuchtturmprojekt und würde lokale Wertschöpfungsketten ankurbeln</p>
NEOS	<p>Die beste CO2-Bilanz schaffen wir, wenn Menschen möglichst kurze Strecken zwischen Wohn- und Arbeitsort bewältigen müssen. Das erhöht auch die Lebensqualität und verbessert automatisch den ökologischen Fußabdruck.</p> <p>Dazu braucht es ein flächendeckendes Breitbandangebot, Co-Working-Spaces in den Gemeinden und ein CO2 Budget in Niederösterreich. Ein solches Budget würde die wahren Kosten von Fehlentscheidungen hinsichtlich der Infrastruktur darstellen und Alternativen wie ein flächendeckendes Breitbandangebot attraktiver erscheinen lassen.</p> <p>Das dazu erforderliche Arbeitskräfteangebot haben wir schon in Frage 2 ausgedehnt. Es greifen hier alle Zahnrädchen ineinander.</p>

Bodenschutz

Boden ist kein unerschöpfliches Gut, auch nicht im weiten Land Niederösterreich. Die Niederösterreichische Landes- und Gemeindepolitik versagt seit Jahrzehnten dabei, mittels verbindlicher Rahmenbedingungen den Bodenverbrauch zu senken, ganz im Gegenteil: St. Pölten und Wiener Neustadt sind Österreichs Städte mit dem größten Bodenverbrauch pro Kopf [2]; diese Entwicklung gilt es dringendst zu stoppen.

Es muss attraktiv werden, bestehende versiegelte und aufgeschlossene Flächen einer Nachnutzung zuzuführen, statt auf grüner Wiese wieder und wieder gesunde, biologisch aktive Böden zu verbrauchen.

Auch wenn der Druck – vom einzelnen Häuslbauer bis zum internationalen Großkonzern – auf die Politik enorm ist: Schlupflöcher, die weiterhin Bodenverbrauch ermöglichen, sind heute nicht mehr akzeptabel angesichts rapide voranschreitender Klimaveränderungen, Artensterben und einer stets geringer werdenden Grundversorgung mit regionalen Lebensmitteln. Es braucht daher ein deutlich ambitionierteres Vorgehen beim Schutz unseres Bodens und wir brauchen

kreative Lösungen, insbesondere was die Nachnutzung bereits in Anspruch genommener Flächen betrifft (Leerstandsproblematik).

Diese Lösungen können etwa in Form einer Nullversiegelungsstrategie bestehen – durch korrespondierende Entsiegelung neu in Anspruch genommener Flächen bzw. sogar eine darüber hinausgehende Entsiegelungsoffensive.

Eine in diese Richtung gehende Grundsatzentscheidung könnte Niederösterreich zu einem Vorreiter im Bodenschutz machen. Sowohl Niederösterreichs Siedlungsräume und Städte, als auch die vielfältige Kulturlandschaft und verbliebene Naturräume bieten uns und Ihnen NOCH einen Gestaltungsspielraum, dem Klimawandel und den sich daraus ergebenden Konsequenzen wirksam entgegenzutreten. Diese heutige Chance gilt es zu nutzen, bevor auch wir vor einem ähnlichen ökologischen Scherbenhaufen stehen, wie viele andere Regionen in Österreich [\[3\]](#) und Europa [\[4\]](#).

Frage 4: Welche Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen befürworten Sie, um in der kommenden Regierungsperiode die Problematik des Bodenverbrauchs auf Gemeinde- und Landesebene endlich in den Griff zu bekommen?

ÖVP	<p>Der Bodenverbrauch ist in den vergangenen Monaten weniger stark gestiegen, jedoch soll trotzdem massiv gebremst werden. Wir haben ein Bodenschutzpaket beschlossen, das sich aber erst mittelfristig in Zahlen auswirken wird. Bodennutzung für Betriebsansiedelung oder Wohnraumbeschaffung wird es auch in Zukunft geben – was jedoch Parkplätze oder Photovoltaik auf Agrarflächen betrifft, soll es künftig Einschränkungen geben.</p> <p>Bodennutzung wird jedoch immer vorhanden sein für Betriebsansiedelungen oder Wohnraumschaffung – dennoch setzen wir alles daran, dass es in Zukunft Einschränkungen geben wird, was beispielsweise Parkplätze angeht.</p>
SPÖ	<p>Ein Zentrumsbonus, ein Grüne-Wiese-Malus und die Baulandmobilisierung bereits gewidmeter Flächen sind notwendige Maßnahmen, die wir setzen müssen. Durch einen aktiven Staat wollen wir so die Zersiedelung in Niederösterreich stoppen. Sanierungen und Renovierungen können zusätzlich den Bedarf an Neubau senken – ebenso Nachverdichtung in Ortskernen und eine Leerstandsabgabe. So können Spekulationen mit Wohnraum verhindert werden.</p> <p>Rückbauverpflichtung: Wenn gewerbliche Bauten nicht mehr genutzt werden, soll es für den Eigentümer eine Rückbauverpflichtung geben. D.h. er muss die Fläche wieder entsiegeln. ZB bei Supermärkten auf der grünen Wiese. Das Landesziel für 2040 muss sein, netto keine neuen Böden mehr zu versiegeln.</p>
FPÖ	<p>Keine Neuerrichtung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese, stattdessen Förderung von Ortskernen, Förderung von Sanierungen und Schaffung einer Abbruchprämie in den Städten und Orten, Förderung der Umbaukosten bei Nutzung</p>

leerstehender Gewerbeimmobilien.	
GRÜNE	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzungsgebot für Leerstand im gewerblichen Gebiet: vielerorts stehen Gewerbe- und Industrieobjekte leer, währenddessen nebenan auf grüner Wiese neu gebaut wird. • Leerstands-/Zweitwohnsitzabgabe: leerstehender Wohnraum muss aktiviert werden und nicht als Spekulationsobjekt oder aus anderen Grünen ungenutzt bleiben • Stopp den Garagen-/Lagerstorages: Flächenfraß ohne Mehrwert; die vorhanden Bauland-Betriebsgebiete braucht der Standort Niederösterreich für innovative, energieeffiziente Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen heute und in Zukunft. • PV oder Dachbegrünung auf jedes Dach: es geht auch darum, Flächen, die bereits versiegelt sind, sinnvoll zu nutzen. Dächer können für Photovoltaik (sofern geeignet) oder Dachbegrünung (als Ausgleichsfläche) verwendet werden. • Versickerungsflächen in Siedlungsgebieten schaffen: Instrumente in Raum- und Bauordnung, um versickerungsfähige Freiflächen im verbauten Gebiet obligatorisch vorschreiben zu können • Echte versickerungsfähige Freiflächen in den Gemeinden zur Erhaltung lokalklimatischer Leistung des Bodens: in NÖ reicht ein Bodenaufbau von 30 cm, um als Freifläche in der Gemeinde zu gelten. • Bodenfonds für Rückwidmungen und Entsiegelungen: Förderungen, um Raumordnungsfehler aus der Vergangenheit rückgängig zu machen; gefördert werden sollen jedenfalls die Rückwidmung von Bauland in Grünland sowie die Entsiegelung von Flächen, damit die Flächeninanspruchnahme in Niederösterreich eingedämmt wird und unser Boden wieder atmen kann. • Förderpaket für „Schwammstadt“-Maßnahmen: öffentliche Flächen und Gebäude als Wasserspeicher und Versickerungsflächen nutzbar machen. • Klimafitte Parkplätze bei Handelsbetrieben und Gewerbeparks statt Hitzeinseln und Asphaltwüsten
NEOS	<p>Für uns NEOS braucht es einen Maßnahmenmix, um die Problematik des Bodenverbrauchs auf Gemeinde- und Landesebene endlich in den Griff zu bekommen. Zu diesem Maßnahmenmix gehört die Schaffung einer Bundeskompetenz „Bodenverbrauch“, damit es hier zu klaren bundesweiten Vorgaben bezüglich Bodenverbrauch kommt, Ausgleichsmaßnahmen im Fall von Umwidmungen in Bauland, ein Anreizsystem für Flächenrecycling und Entsiegelung von Fläche, sowie das Widmungsentscheidungen auf einer überörtlichen (nicht politischen) Ebene getroffen werden sollen.</p>

Kontaminierung von Boden, Luft und Wasser durch den Straßenverkehr

Die massiven Schäden an Mensch und Natur, die der Straßenverkehr anrichtet, sind seit vielen

Jahren hinlänglich bekannt.

Heute steht wissenschaftlich außer Streit, dass der Straßenverkehr der größte Verursacher von Mikroplastik in der Umwelt ist, und dass diese straßenverkehrsbedingten Abriebe (TRWPs – Tyre and Road Wear Particles) als teils hochwirksame Umweltgifte in Luft, Wasser und Böden in Erscheinung treten.

In Gebieten mit hoher Straßenverkehrsbelastung zeigen bereits Kinder Frühzeichen für Alzheimer, Parkinson und weitere neurodegenerative Erkrankungen. TRWPs werden von Brotgetreide, Salat, Äpfel und Wurzelgemüse aufgenommen und gelangen so in unseren Nahrungskreislauf. Mindestens 10% aller Krebserkrankungen – 5.400 Krebsfälle und 2.600 Krebstote – sind in Österreich auf Umweltschadstoffe zurückzuführen, die zu einem Großteil vom motorisierten Straßenverkehr stammen.

Kurzum: Mit jeder neuen Straße und jeder Maßnahme, die den Straßenverkehr erhöht, vergiften wir uns selbst. Die einzig wirksame Lösung besteht darin, den Straßenverkehr einzudämmen und beginnt damit, jedenfalls vom Straßenbau in der bisher bekannten Form Abstand zu nehmen.

Nach zahlreichen vergeblichen Bemühungen, durch bewusstseinsbildende Maßnahmen ein Einlenken zu bewirken, hat Verkehrswende.at nun Anzeige wegen Gemeingefährdung und vorsätzlicher Beeinträchtigung der Umwelt durch den Straßenbau nach § 176ff StGB erstattet [\[5\]](#).

Frage 5: Welche Position vertreten Sie unter den gegebenen Umständen zu geplanten Straßen(aus)bauprojekten in Niederösterreich?

ÖVP	<p>Mit Straßenbauprojekten wie der S8 und dem Lobautunnel wurde gezielt versucht, die Landsleute vom Verkehr zu entlasten. Genauer gesagt würden diese Projekte jene Menschen von den Schadstoffen befreien, die tagtäglich mit rund 35.000 Fahrzeugen vor der Haustüre konfrontiert sind. Hier ist unsere Umweltministerin Leonore Gewessler gefordert, die in ihrem Ressort Verantwortung übernehmen muss und konkrete Pläne und Lösungsvorschläge anbieten sollte.</p> <p>Darüber hinaus soll bis 2040 das Bus- und Bahnangebot in Niederösterreich um 20 Millionen Kilometer pro Jahr erweitert werden. Und: mit der blau-gelben Bahnoffensive werden in den nächsten Jahren rund 2,3 Milliarden Euro investiert, wodurch wir billigere, bessere und bequemere Öffis im Land schaffen.</p> <p>Nicht zu vernachlässigen ist auch der Aspekt, dass rund 40% des öffentlichen Verkehrs in NÖ weiterhin über die Straße passiert.</p>
SPÖ	<p>Hier muss langfristig gedacht werden. Der motorisierte Individualverkehr wird in 20 Jahren nichtmehr die Rolle von heute spielen. Daher müssen Straßenbauprojekte, bevor sie gebaut werden, sorgfältig evaluiert werden, ob es auch sicher keine</p>

	<p>Alternative dazu gibt. Gleichzeitig muss auch das Gesamtbild betrachtet werden. Wenn durch einen Straßenbau etwa ausufernde Zersiedelung verhindert wird, kann dieser unterm Strich dazu beitragen, die Gesamtbelastung zu reduzieren.</p> <p>Gleichzeitig bedeutet dies, die Notwendigkeit, einen Gleisausbau und Reaktivierung alter Bahnlinien, um das Verkehrsaufkommen dennoch zu bewältigen. Unser Ziel ist, jedes Jahr eine neue Regionalbahn zu aktivieren bzw. zu reaktivieren.</p>
FPÖ	<p>Wir sind für die Förderung und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Individualverkehrs auf der Straße. Niederösterreich ist mit einer Fläche von 19.186 km² das größte Bundesland und der Großteil der Niederösterreicher ist (oft unfreiwillig, aber noch immer) auf das Auto als Fortbewegungsmittel angewiesen, weil es auch in den nächsten Jahren noch unmöglich sein wird, den öffentlichen Verkehr so auszubauen, dass wir auf das Auto verzichten können. Aus diesem Grund sind wir für die Umsetzung der Straßenbauprojekte S8 und S34. Wir sprechen uns für die Erforschung und Nutzung alternativer Antriebssysteme wie z.B. Wasserstoff aus, gleichzeitig sind wir gegen das Verbot von fossilen Verbrennungsmotoren.</p>
GRÜNE	<p>Ablehnung zu S34, S8 und Lobau-Autobahn. Straßen bringen Verkehr. Öffis bringen Menschen.</p>
NEOS	<p>Mobilität bedeutet Freiheit und ist eines der Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Als Freund:innen der Freiheit wollen wir jedem und jeder die Möglichkeit geben, Mobilitätsbedürfnisse möglichst gut zu decken. Gleichzeitig ist Verkehr auf Basis von fossilen Treibstoffen insgesamt aber für ca. 30% unserer CO2 Emissionen verantwortlich. Das heißt, in diesem Teilbereich sind Lenkungseffekte besonders wirksam.</p> <p>Dazu braucht es ein gesamtheitliches Mobilitätskonzept für Niederösterreich. So muss auch geplanten Straßenausbauprojekten genaustens evaluiert werden, ob diese wirklich einen Nutzen für die Bevölkerung darstellen.</p>

Aktive Mobilität

Eine Verkehrswende besteht nicht nur in der geänderten Wahl des Verkehrsmittels, sondern zuallererst im Vermeiden unnötiger Wege, sowie in der Ermöglichung und gezielten Förderung eines Alltags der kurzen Wege [\[6\]](#).

Im Vergleich zu Energieeffizienz-Maßnahmen in anderen Bereichen (v.a. Wohnen und Industrie) ist das Einsparungspotential durch den Übergang vom Auto auf aktive Mobilität – insbesondere beim Fahrrad – einzigartig: Beim Umstieg vom Benzinauto werden 95% an Energie eingespart, lässt man das E-Auto stehen, sind es immer noch 80% [\[7\]](#).

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene werden wir eine solche Verhaltensänderung mittels einer neuen Kampagne und im Rahmen weiterer bewusstseinsbildender Maßnahmen auf bewerben [\[8\]](#).

Die Attraktivierung und der zügige Ausbau einer durchgängigen Fuß- und Radinfrastruktur in und zwischen den Siedlungsgebieten liegen hingegen in der Verantwortung der Politik.

Frage 6: Welche Maßnahmen werden Sie in der Raumordnung, Verkehrsplanung und Umsetzung ergreifen, um in ganz Niederösterreich Menschen einen attraktiven Alltag der kurzen Wege lebbar zu machen?

ÖVP	<p>Der Anteil, der zu Fuß und mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege, soll sich in NÖ auf 44% verdoppeln. Wir haben 2021 erstmals ein eigenes Radfahrbudget beschlossen und gemeinsam mit Bundesförderungen sollen in den kommenden 10 Jahren 100 Millionen Euro an Investitionen für aktive Mobilität ausgelöst werden.</p> <p>Darüber hinaus soll die Anzahl der Bike-&-Ride-Stellplätze auf 30.000 erhöht werden.</p>
SPÖ	<p>Im urbaneren, städtischen Raum ist dies durch einen Ausbau der Öffis sowie durch Vereinfachung des Baus von Radwegen möglich. Auch die Kooperationen zwischen Bundesländern muss vereinfacht werden.</p> <p>Im ländlichen Raum müssen Ortskerne wiederbelebt werden. Nahversorger müssen auch auf dem Land nahe sein. Auf dem Land zu leben, darf nicht bedeuten, dass die eigene Lebensqualität von Auto und Führerschein abhängt. Daher muss ein aktiver Staat dafür sorgen, dass Dinge des täglichen Bedarfs für Jede/n gut erreichbar sind!</p>
FPÖ	<p>Wir unterstützen Maßnahmen, die es unseren Landsleuten ermöglichen, mehr Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen. Wie bei der letzten Frage beantwortet ist Niederösterreich jedoch ein Flächenbundesland und es wird aufgrund der Streckenlänge, des Streckenprofils und der Witterung nicht möglich sein, dass wir alle mit dem Fahrrad in die Arbeit fahren.</p>
GRÜNE	<p>Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel und Reaktivierung von Bahnlinien. Grundversorgung mit Buslinien auch von ländlichen Gebieten (Stundentakt zu den Stoßzeiten, Basisangebot auch am Wochenende!). Es wird in Zukunft auch nahe der Wohneinheit verpflichtende Alternativen brauchen wie „gescharte“ Autos, sowie Räder und Scooter für Kurzstrecken.</p> <p>Ein guter Modal-Split ist möglich, wenn es die Alternativen zum Privat-PKW gibt.</p>
NEOS	<p>Um einen attraktiven Alltag der kurzen Wege für Niederösterreicher_innen lebbar zu machen, fordern wir NEOS einen massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Niederösterreich. Einerseits sind hier Investitionen in die Schieneninfrastruktur notwendig. Andererseits muss das Angebot bei Bussen und Zügen in Niederösterreich gesteigert werden. Für die sogenannte erste und letzte Meile zum Wohn- bzw. Arbeitsort sind ebenfalls Rufbusse, Anrufsammeltaxis sowie sichere Radwege/Fahrradabstellmöglichkeiten und Gehwege notwendig.</p> <p>Auch fordern wir einen Ausbau der einzelnen Trassen, die Verbreiterung von Zubringer-Strecken bzw. von mehrgleisigen Strecken. Es braucht Taktverdichtungen, Elektrifizierung oder der Wechsel von Bus auf Schiene, um hier einen attraktiven Alltag der kurzen Wege lebbar zu machen.</p> <p>Damit Wege aber letztendlich kurz bleiben, braucht es ein Bekenntnis zum</p>

Wirtschafts-/Industriestandort NÖ mit der ganzen Thematik um den Ausbau erneuerbare Energie und Ausbildung und Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften.

Frage 7: Welche Gesamtstrategie verfolgen Sie, um überregionale Radmobilität mit verschiedenen Fahrzeugarten (Lastenrad, Pedelec, Rennrad, Kinderradanhänger, Kinderräder etc.) attraktiv und sicher zu gestalten?

ÖVP	<p>Insgesamt sollen in den nächsten 10 Jahren 100 Millionen Euro an Investitionen in die aktive Mobilität im Bundesland ausgelöst werden. Dafür soll Niederösterreich eine eigene Service-Stelle für Aktive Mobilität bekommen – insbesondere das Thema Radfahren.</p> <p>Darüber hinaus wurde 2021 das erste Radfahrbudget beschlossen.</p> <p>Das Thema Sicherheit hat die oberste Priorität in der Verkehrspolitik.</p> <p>Attraktiver soll die Mobilität auf zwei Rädern auch in Zukunft gestaltet werden. Hierbei spielt die elektrische Unterstützung eine wichtige Rolle: 2021 wurden rund 70.000 Fahrräder in NÖ verkauft – und damit mehr als in anderen Bundesländern. Knapp jedes zweite davon ist ein E-Bike.</p>
SPÖ	<p>Radschnellwege als Zubringer und Radnetze in Städten sind das Rückgrat der Verkehrswende in der Radmobilität. Diese sollen entlang der wichtigsten Verkehrs- und Pendelstrecken priorisiert und errichtet werden. Zusätzlich müssen Bike and Ride Stationen an Regionalen Bahnhöfen ausgebaut werden, damit die letzte Meile im Pendelverkehr auch klimaneutral bestritten werden kann.</p> <p>E-Lastenräder sollen auch für Privatpersonen stärker gefördert und leistbar gemacht werden.</p>
FPÖ	<p>Sollten neue Bahntrassen oder Straßen gebaut werden, dann sollte parallel dazu für einen entsprechenden Radwegeausbau gesorgt werden. Das ist billiger als eine nachträgliche Anlegung von Radwegen.</p>
GRÜNE	<p>Die Regionen brauchen breite Radwege – Highways und ein untergeordnetes Radwegenetz. Der Ausbau muss rasch umgesetzt werden. Direkte Anbindung von Verkehrsknotenpunkten (Bahnhöfe, Busbahnhöfe) von allen Katastralgemeinden/Grätzeln einer Gemeinde mit modernen, sicheren Radwegen.</p>
NEOS	<p>Wir unterstützen das Land Niederösterreich beim Ausbau von sog. „Fahrrad-Highways“, allerdings sind wir hier der Meinung, dass der Ausbau zu langsam von statten geht.</p> <p>Im kommunalen Kontext braucht es eine klarere Beschilderung sowie eine Schließung der Lücken innerhalb des Radnetzes um hier ein sicheres Fahren zu gewährleisten und um den Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Radmobilität zu fördern.</p>

Niederösterreichs Bahnnetz

Die mutwillige Zerstörung der durchgängigen Donauuferbahn [9] reiht sich nahtlos ein in eine komplett verfehlte Verkehrspolitik, was den langjährigen Umgang des Landes mit dieser im Gegensatz zum Straßenverkehr zukunftstauglichen Mobilitätsform anbelangt.

Die verheerenden Folgen des Straßenverkehrs können nur durch eine gezielte Wiederbelebung des vormals sehr gut ausgebauten Niederösterreichischen Bahnnetzes behoben werden. Dies betrifft insbesondere eine bestmögliche Bahnanbindung der Siedlungsräume inklusive Erhalt der kleinen Haltestellen, sowie die gezielte Bevorzugung eines schienengebundenen Gütertransportes.

Frage 8: Sind sie bereit, aktiv zur Aufwertung des Niederösterreichischen Bahnnetzes beizutragen und die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen?

ÖVP	<p>In den letzten Jahren wurden die Investitionen in den Öffentlichen Verkehr stetig massiv ausgeweitet - Projekte wie die Marchegger Bahn genauso wie die Pottendorfer Linie geben uns hier Recht.</p> <p>Zudem wurde ein 15 Minuten Takt in der HVZ im Wiener Umland erreicht (gerade auf der Süd- und Westbahn wurde massiv auf die Pendlerströme reagiert - so im Übrigen auch durch das präsentierte Investitionspaket).</p> <p>NÖ nimmt viel Geld in die Hand, um den Öffentlichen Verkehr stetig auszuweiten. Heuer investieren wir rund vier Mal so viel als noch vor zehn Jahren. Wir investieren 2,3 Milliarden Euro in den kommenden 20 Jahren – dabei kommen 400 Millionen Euro vom Land NÖ.</p> <p>Konkret wird die Südbahnstrecke ausgebaut, welche täglich rund 60.000 Menschen nutzen, aber auch die Franz-Josefs-Bahn wird ausgebaut.</p>
SPÖ	<p>Die SPÖ fordert seit Jahrzehnten die Nord-Süd Verbindung zwischen und Krems und Lilienfeld als Schnellbahnverbindung im Taktverkehr zu erschließen und St. Pölten zum frequenzstärksten Bahnhof außerhalb Wiens auszubauen. Aber auch die ländlichen Strukturen dürfen hier nicht vernachlässigt werden.</p> <p>Die Bahn wird eine zentrale Rolle im Verkehr der Zukunft spielen. Unser Plan ist es, jedes Jahr mindestens eine neue Regionalbahn in Niederösterreich zu eröffnen. Zusätzlich wollen wir prüfen lassen, wie die aktuellen Förderungen verändert werden müssen, gerade bei länderübergreifenden Strecken.</p>
FPÖ	<p>Wir unterstützen den Ausbau des Niederösterreichischen Bahnnetzes! Wir haben uns immer für den Erhalt der NÖ Nebenbahnen ausgesprochen und uns für sie eingesetzt. Leider hat die ÖVP diese zugesperrt. Dort wo Fakten geschaffen worden sind (Grundstücke verkauft, Trassen verbaut, etc.) erachten wir eine nachträgliche</p>

	Reaktivierung nicht mehr für zielführend. Wo dies noch möglich ist, sollte man das evaluieren und bei positiver Kosten-Nutzen-Rechnung über eine Reaktivierung nachdenken.
GRÜNE	Ja! Dank größtem Ausbaupaket der Bahn seitens des Klimaministeriums passieren nach Jahrzehnten des Stillstands endlich auch im Zentralraum Investitionen in die Bahninfrastruktur. Fehlende Investitionen in den letzten Jahren bedeutet aber auch: kurzfristige Probleme, die Umstieg auf Bahn behindern. Das Land NÖ muss sich künftig so vehement für Bahninfrastruktur einsetzen, wie es das heute für Autobahnen und Transitrouten tut.
NEOS	Als NEOS haben wir in den letzten Jahren immer wieder Anträge in den niederösterreichischen Landtag eingebracht, welche das niederösterreichische Bahnnetz aufwerten und die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte rückgängig machen sollen. Es braucht in Niederösterreich einen massiven Ausbau des niederösterreichischen Bahnnetzes.

Pionierstadt St. Pölten – Zukunfts-Modellregion Niederösterreich?

St. Pölten steht mit der Teilnahme an der FFG-Ausschreibung „Pionierstadt – Partnerschaft für klimaneutrale Städte 2030“ am Beginn eines zukunftsgerichteten Transformationsprozesses, der auch von Klimahauptstadt 2024 bestmöglich unterstützt wird.

Niederösterreich hat genau so wie St. Pölten trotz idealer äußerer Voraussetzungen einen dringenden Aufholbedarf beim Klimaschutz und bei der Schaffung resilienter Strukturen als Existenzgrundlage kommender Generationen.

Die Planung und Umsetzung von Klimaschutz darf an den Stadt- und Gemeindegrenzen genausowenig aufhören wie jene eines bedarfsgerechten Fuß-, Radwege- und Bahnnetzes. Ebenso müssen Raumplanung, Umweltschutz und die Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe auf Landes- und Bundesebene nahtlos mit den Plänen von Landeshauptstadt und allen weiteren Gemeinden unseres Landes abgestimmt sein, um die entscheidenden Fortschritte auf dem Weg in eine resiliente Gesellschaft erzielen zu können.

Frage 9: Sind Sie bereit, sich diesen Herausforderungen im Rahmen einer Gesamtstrategie Niederösterreichs als EU-weite Zukunfts-Modellregion für Nachhaltigkeit zu stellen?

ÖVP	ja
SPÖ	Ja. Diese Aufgabe wird eines unserer Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode sein. Niederösterreich hat gute Voraussetzungen, um als großes Land mit gutem Beispiel voranzugehen.

FPÖ	Wir sind politisch tätig und werden unsere Vorschläge in den entsprechenden Gremien einbringen. Wir werden öffentlich Probleme aufzeigen und unsere Lösungsvorschläge präsentieren.
GRÜNE	Es wird nicht nur die Landeshauptstadt brauchen, sondern jede der 573 Gemeinden. Leuchttürme wie Klimamodellregionen und e5-Gemeinden sollen anderen bei der Umsetzung helfen. Am wichtigsten erscheint mir jedoch: Ein verbindlicher CO2 Reduktionsplan in jeder Gemeinde.
NEOS	Wir als NEOS stellen uns dieser Herausforderung und auch aus diesem Grund hat Klimawandel und Nachhaltigkeit bei uns einen so hohen Stellenwert.

bedingte Frage 10: Wenn ja, welche Aspekte wären Ihnen für eine derartige Zukunfts-Modellregion Niederösterreich unter Einbeziehung der Stadt St. Pölten besonders wichtig?

ÖVP	<p>Die Europäische Union begleitet uns in Niederösterreich bereits seit 25 Jahren in unserem täglichen Leben.</p> <p>Seit 1995 hat sich die Wirtschaftsleistung mehr als verdoppelt von 27,4 Milliarden auf rund 61 Milliarde Euro im Jahr 2020. Auch die Zahl der Beschäftigten ist seit dem Beitritt um ein Drittel gestiegen.</p> <p>Besonders die finanziellen Mittel als Investitionsmotor sind prägend, denn für jeden eingezahlten Euro werden drei Euro zurückgeholt. Aus Niederösterreich stammen fast ein Fünftel der österreichischen Abgaben nach Brüssel, dafür bekommen wir über ein Drittel der Agrarförderungen und fast ein Viertel aller regionalen Entwicklungsgelder. Wenn es darum geht EU-Gelder abzuholen, sind wir auch Staatsmeister, denn Niederösterreich holt 95% aller möglichen Fördermittel ein.</p> <p>Europa bietet uns vielfältige Chancen, um das Wachstum und die Entwicklung in allen Regionen Niederösterreichs voranzutreiben, egal ob im Bereich der Arbeit, Mobilität, Gesundheit oder der Nachhaltigkeit, Umwelt oder Energie.</p>
SPÖ	Die Radnetzplanung des Landes muss rasch zur Umsetzung kommen. In der Region wird teilweise bereits seit zehn Jahren geplant, die Umsetzung muss endlich stattfinden.
FPÖ	Wir kritisieren, dass in St. Pölten immer mehr Grünflächen verschwinden. Negativbeispiel dieser Entwicklung ist das Schicksal des Domplatzes. Die großen Wohnbaugenossenschaften pflastern alles zu, die Bevölkerung wächst, und durch die Verhinderung des Baus der S34 staut sich der Verkehr durch St. Pölten durch.
GRÜNE	Die Landeshauptstadt hat die letzten Jahrzehnte ein immenses Wachstum und hat leider auf das Auto als Bewegungsmittel gesetzt. Da St. Pölten einen hohen Anteil an EinpendlerInnen hat, braucht es rasch einen modernen innerörtlichen Verkehr. Der Ring um die Stadt mit der S34 ist ein Klimagrab! St. Pölten profitiert jetzt endlich vom größten Bahnausbau, den es je gegeben hat.

NEOS	Für die Modellregion Niederösterreich und insbesondere die Stadt St. Pölten ist uns wichtig, dass Niederösterreich ein Vorreiter bei erneuerbaren Energieformen, beim Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, sowie ein Vorreiter gegen die Bodenversiegelung wird.
------	---

Partizipation

Zivilgesellschaftliche Stakeholder haben sich lebendigen Demokratien als wichtige Innovatoren erwiesen, um den Umwelt- und Klimaschutz im gebotenen Tempo voranzubringen [10].

In zahlreichen Niederösterreichischen Gemeinden ist die Zivilgesellschaft z.B. über Klimabündnis-Arbeitskreise bzw. in St. Pölten über ein neu strukturiertes Umweltkomitee in beratender Funktion eingebunden, um die eigene Gemeinde in Sachen Umwelt- und Klimaschutz bestmöglich voranzubringen.

In Niederösterreich vermissen wir auf Landesebene Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten und verweisen auf geradezu absurde Fehlentwicklungen wie etwa im Fall der Donauuferbahn.

Frage 11: Sind Sie bereit, in der kommenden Regierungsperiode die maßgeblichen Entscheidungsprozesse des Landes proaktiv transparent zu machen?

ÖVP	Uns ist es wichtig, Minderheitenrechte zu stärken und transparente Informationen der Regierungssitzungen weiterzugeben. Damit dokumentieren wir, dass uns Demokratie ein großes Anliegen ist. Damit können wir in und für NÖ mehr bewegen und am meisten für unser Land erreichen.
-----	--

Eine Maßnahme, die bereits umgesetzt wurde, ist die Transparenz der Förderungen beispielsweise.

Darüber hinaus gibt es nur drei Bundesländer in Österreich, die Mitglied bei Transparency International sind und damit die höchsten Transparenzkriterien erfüllen. Niederösterreich ist eines davon.

SPÖ	Eine nachhaltige Transparenzoffensive im Land Niederösterreich ist eines unsere Hauptziele. Dass die ÖVP ihr eigenes Regierungsprogramm nicht transparent macht und den Menschen in Niederösterreich vorlegt, damit sie an den eigenen Zielen gemessen werden kann, ist mehr als unverschämt.
-----	---

FPÖ	Wir setzen uns dafür ein, dass die Entscheidungsprozesse des Landes NÖ transparenter werden.
-----	--

GRÜNE	Für Transparenz sind die Regierungsparteien zuständig. Sollten Grüne in der Regierung vertreten sein, dann werden wir unserem eigenen Anspruch der
-------	--

	Transparenz entsprechen.
NEOS	NEOS steht als einzige Partei für vollumfassende Transparenz bei sich selbst und fordert diese auch bei den anderen Institutionen ein. Immer wieder bringen wir proaktiv in den niederösterreichischen Landtag Anträge ein, um die Transparenz in Niederösterreich zu verbessern.

Frage 12: Sind Sie bereit, ab der kommenden Regierungsperiode zivilgesellschaftliche Stakeholder bei allen maßgeblichen Entscheidungsprozessen verbindlich aktiv einzubeziehen?

ÖVP	Ja
SPÖ	Selbstverständlich. Als Sozialdemokratie wollen wir nicht die Menschen regieren, sondern mit den Menschen Verbesserungen herbeiführen.
FPÖ	Artikel 1 unseres Bundes-Verfassungsgesetzes besagt: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Unsere Landsleute haben in Niederösterreich alle fünf Jahre die Möglichkeit, ihre Volksvertreter in der Form der 56 Abgeordneten in den NÖ Landtag zu wählen, wo die für unser Bundesland gültigen Gesetze beschlossen werden. Aus diesem Grund lehnen wir es ab, „zivilgesellschaftliche Stakeholder bei allen maßgeblichen Entscheidungsprozessen verbindlich aktiv einzubeziehen“, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Ihnen steht es frei, ihr passives Wahlrecht auszuüben und bei der Wahl zum NÖ Landtag anzutreten, um Politik aktiv mitzugestalten.
GRÜNE	Dies setzt einen Sitz in der Proporz-Landesregierung voraus. Dort, wo wir regieren in den Gemeinden, ist uns bereits jetzt die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wichtig. Das würde auch der Stil in der Regierung dann sein.
NEOS	Natürlich ist bei maßgeblichen Entscheidungsprozessen die Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Stakeholdern niederschwellig zu ermöglichen.

bedingte Frage 13: Wenn ja, in welcher Form?

ÖVP	Für uns als die Niederösterreich-Partei ist es wichtig, dass die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher offen eingebunden werden beispielsweise in die Entscheidungsfindung von Gesetzen.
SPÖ	Bürger*innenräte scheinen hier eine geeignete Form mit einem guten Mitnahmeeffekt und Output darzustellen. Aber auch die Klimateams nach Wiener Vorbild können in Gemeinden die Einwohner*innen unmittelbar miteinbeziehen und so die Beteiligung sowie die Akzeptanz der Maßnahmen sicherstellen. Darüber hinaus sind Gespräche mit ExpertInnen aus NGOs unerlässlich, um konkrete Instrumente und Politikansätze zu entwickeln.

FPÖ	Wir haben immer ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Landsleute und führen unentwegt Gespräche mit Vertretern von Bürgerinitiativen und Experten.
GRÜNE	Die Form hängt von dem Regierungsressort ab und sollte jedenfalls mit den NGOs vorab gemeinsam erarbeitet werden und nicht vorgegeben. Denn oft geht auch um Praktisches: Ehrenamtliche haben vormittags weniger Zeit als am Abend.
NEOS	Hierzu können wir uns vorstellen, dass es ein Fragetool von Seiten des niederösterreichischen Landtags gib, um hier eine niedrige Eingangsschwelle für zivilgesellschaftliche Stakeholder zu gewährleisten.

Miteinander Gehen

Wir wissen, die Schaffung resilienter Strukturen wird ein weiter Weg mit zahlreichen Unwägbarkeiten und Abzweigungen. Genau deshalb laden wir Sie ein, sich gemeinsam mit uns auf diesen spannenden neuen Weg zu begeben.

Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Die Initiativen der Klimahauptstadt 2024 laden Sie dazu ein, diesen ersten Schritt zu setzen: mit einer gemeinsamen Wanderung durch Niederösterreich – am 21. und 22. Oktober 2022.

Frage 14: Im Oktober und für die kommenden Jahre: Sind Sie bereit, den weiten Weg in eine resiliente Gesellschaft gemeinsam mit den anderen Parteien und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zu gehen?

ÖVP	Uns war und ist das Miteinander immer ein wichtiges Anliegen, und auch wenn es uns andere Parteien schwer machen, werden wir auch in Zukunft auf das Miteinander setzen. Weil es die Zeit erfordert, die Landsleute wollen und es das Land braucht und es dem Land gut tut.
SPÖ	Wir sind bereit, den Weg mit allen gemeinsam zu gehen, die ebenfalls das Ziel verfolgen, Niederösterreich sozial und ökologisch zu transformieren.
FPÖ	Wir sind offen für Diskussionen und bringen unsere Vorschläge gerne ein.
GRÜNE	Grüne waren, sind und werden immer mit jenen im Gleichschritt gehen, die ernsthaft Anstrengungen gegen die Klimakrise unternehmen.
NEOS	Es würde uns sehr freuen, hier den weiten Weg in eine resiliente Gesellschaft gemeinsam mit den anderen Parteien und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zu gehen.

Verweise

[1] <https://noe.orf.at/stories/3173488/>

[2] <https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/wiener-neustadt-ist-betonhauptstadt-oesterreichs/401183389>

[3] <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/neusiedler-see-warum-der-groesste-see-europas-austrocknet-18189915.html>

[4] <https://www.sueddeutsche.de/panorama/spanien-hitze-duerre-trockenheit-landwirtschaft-avocados-stausee-malaga-1.5644576>

[5] <https://www.verkehrswende.at/2022/09/19/strassenbau-anzeige-gemeingefahrung/>

[6] <https://www.verkehrswende.at/definition/>

[7] <https://www.verkehrswende.at/effizienzwunder/>

[8] <https://www.klimahauptstadt2024.at/16-september-2022-beginn-der-europaeischen-mobilitaetswoche-16-bis-22-september/>

[9] <https://www.verkehrswende.at/donauuferbahn-4/>

[10] <https://www.klimahauptstadt2024.at/klimarat-trifft-klimahauptstadt/>